Paris, 18. Febr. [illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Anschluss Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Meißnergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Der einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Inseraten-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Julius Teuchert,
Fabrik von Regen- u. Sonnenschirmen
(gegründet 1830)
Altstadt, Schloßstraße, Ecke der Sporergasse. Neustadt, Hauptstraße, Ecke der Ritterstrasse.

Vortheilhafteste Bezugsquelle für
Tapisserie-Arbeiten
und alle zugehörigen Materialien.
Neuheiten stets am Lager.
Hartmann & Saum,
Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse.

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter **Kinder-Garderobe** von **Alexander Philipsohn,** Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen bevorstehender Verlegung des Geschäftslokals nach **Pragerstrasse 6, part.** werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
Für **Knaben** bis 16 Jahre: **Buckskin-Anzüge** von 5 Mark an, **Ueberzieher** etc.
Für **Mädchen** bis 16 Jahre: **Kleider** von 4 Mark an, **Mäntel, Jaquets** etc.

Nr. 50. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 19. Februar: Frischer Südostwind, vorwiegend heiter, trocken, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. **Dienstag, 19. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Nein, über diesen Bismarck aber auch! Dieser Un—besonnene besitzt die Rücksichtslosigkeit, dem amerikanischen Kongresse seine Beileidskundgebung über den Tod Lasker's zurückzuschicken! Darüber ist nun die liberale Presse ganz außerm Häuschen. Der Reichskanzler wird belehrt, wie sich das gar nicht schicke; man zeiht ihn des Mangels an internationaler Courtoisie. Seht, die Wilden sind doch bessere Menschen, ruft die Laskern verwandte Berliner Presse aus; die Amerikaner wissen weit besser, wie man unseren großen Lasker zu ehren hat. Konnten denn die wohlbekannten Politiker in Amerika, als sie den Kongreß in Washington (Gott weiß, mit welchen Mitteln!) dazu brachten, eine Trauer-Resolution zu Ehren Lasker's abzulassen, sich nicht denken, daß der deutsche Reichskanzler sichs ganz entschieden verbitten würde, das Weihrauchfaß schwingen zu sehen? Hätte sich der Kongreß in Washington auf den einfachen Ausdruck seiner Theilnahme für den auf amerikanischem Boden erfolgten Tod eines Mitgliedes des deutschen Reichstages beschränkt und mit keinem weiteren Urtheil über die angebliche staatsmännische Bedeutung des Verstorbenen den Teig dieser Trauer-Resolution durchsäuert, so würde der Kanzler sie ohne Bedenken dem deutschen Reichstag übermittelt haben. Statt dessen wird Lasker nicht blos als ein „hervorragender deutscher Staatsmann" bezeichnet, sondern das Schreiben belehrt uns Deutsche, „daß Lasker's feste und beharrliche Vertretung freisinniger deutscher Ideen wesentlich die sozialen, politischen und wirthschaftlichen Lebensbedingungen des Volkes verbessert hat". Und solche Contrebande verfälschter Anschauungen im Reichstage einzuschmuggeln, muthete man dem Reichskanzler zu? Arbeiten wir Deutsche nicht seit Jahren daran, die Schäden, welche unserem geistigen, wirthschaftlichen und dem gesammten Volksleben die sogenannten freisinnigen Ideen der verlasterten Gesetzgebung gebracht haben, zu beseitigen? Die Wunden, die uns die Gesetze über Wucher-, Aktien-, Gewerbe- und Schankfreiheit geschlagen haben, zu heilen? Wie kommt denn überhaupt der amerikanische Kongreß dazu, uns Deutschen über die angebliche staatsmännische Bedeutung Lasker's zu belehren? Die Antwort ist in einem kleinen Vorkommniß enthalten, das Paul Lindau erzählt. Er bereiste in Gemeinschaft mit Lasker und als Gast des nordamerikanischen Eisenbahnschwindlers Villard die North-Pacificbahn von New-York nach San Francisco. Um deutsche Einwanderer nach jenen menschenleeren Ländereien zu locken, welche die neue Eisenbahn durchschnitt, und den Eingewanderten die Ländereien längs der Bahn an den Hals zu hängen, arrangirte Villard jenen Vergnügungszug deutscher Journalisten. Diese Riesen-Reklame kostete ¼ Million Dollars, hat aber den Zusammenbruch des Villard'schen Eisenbahnschwindels doch nicht verhindert. Auf der Tour kam Lasker mit Lindau auch nach der Stadt Chicago. Hier wurde er großartig gefeiert und ein Bürger Chicagos apostrophirte ihn mit den bewundernden Worten: „Das ist der Mann, der unsere Schweine gegen den Reichskanzler vertheidigt hat!" In dieser von Lindau berichteten Geschichte liegt der Schlüssel zu der vom amerikanischen Kongresse angestimmten Todtenklage. Der Kongreß trauerte darüber, in Lasker einen Verfechter amerikanischer Interessen im deutschen Reichstage verloren zu haben. Die Trauer galt nicht dem deutschen Volksvertreter, sondern dem amerikanischen Verbündeten im deutschen Lager. Und nun soll man uns ungeschoren lassen, wenn wir es ablehnen, Asche aufs Haupt über den Tod Lasker's zu streuen.

Vom Fürsten Bismarck erwartet man das demnächstige Eintreffen in Berlin. Der Kanzler gedenkt, so heißt es, sich lebhaft an den parlamentarischen Verhandlungen zu betheiligen. Auch im preußischen Abgeordnetenhause, in das er ganze Sessionen hindurch keinen Fuß gesetzt hat, will Bismarck erscheinen. Dort stehen nämlich die Dinge für die Regierung ziemlich ungünstig. Das Haus hat mit tagelangen akademischen Erörterungen über Frühschoppen, Mensuren, das Turnen „höherer Töchter" am Reck und allerhand Kulturkampferscheinungen eine kostbare Zeit unwiederbringlich verloren; mühsam ist der Staatshaushalt durchgeraucht worden und kaum merkbar rücken in den Commissionen die größeren Gesetzgebungsarbeiten vorwärts. Die Jagdordnung gilt infolge der sehr vernünftigen Beschlüsse, die das Abgeordnetenhaus der Herrenhausweisheit entgegensetzt, für gescheitert. Ohne das persönliche Eingreifen Bismarck's wird auch die Vorlage über die verbesserte Einkommensteuer ins Leere fallen. Damit wäre es wieder Nichts mit der Reform der direkten Steuern in Preußen. Nun legt aber Bismarck nicht blos Werth darauf, daß es in dieser Beziehung nicht länger bei dem mangelhaften Zustande bewende, sondern er will auch den Kreis der Steuerbefreiungen bedeutend erweitern. Wenn das Abgeordnetenhaus Bedenken trägt, die Einkommen bis zu 1200 M. steuerfrei zu machen und 900, höchstens 1000 für das Maximum hält, so läßt Bismarck seinen Commissar erklären: am liebsten zöge er die Steuerbefreiungsgrenze bei den Einkommen von 2000 M. Diesen Standpunkt, möglichst weit die Befreiungsgrenze hinauszuschieben, wird Bismarck verfechten, um Stimmung für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu machen. Im Reichstag aber wird der Kanzler noch manchen harten Strauß durchzufechten haben, um die Angriffe auf das Unfallversicherungsgesetz abzuwehren. Der Centralausschuß der deutschen Industriellen hat sich gegen die geplanten, über ganz Deutschland sich erstreckenden „Berufsgenossenschaften" erklärt, welche die Grundlagen des Unfallversicherungswesens bilden sollen. Nach Ansicht dieser Industriellen wird der heilsame Zweck durch Berufsgenossenschaften, die den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde umfassen, ebenso erreicht. Das dürfte im Ganzen zutreffen; ebenso daß „grobes Verschulden" der Arbeiter bei Feststellung der Entschädigungen berücksichtigt werden muß. Weniger erbaut sind wir davon, daß das Reich resp. die einzelnen Staaten einen Beitrag zahlen sollen und wenn die Industriellen gar noch einen Beitrag seitens der Arbeiter verlangen, so guckt das einseitige Interesse doch gar zu unverhüllt aus diesem Wunsche hervor, die Last von den Schultern, auf die sie gehört, auf andere abzuwälzen, die sie nicht zu tragen vermöchten. Wenn endlich die Industriellen „aufs Entschiedenste" gegen jede Heranziehung von Arbeiterausschüssen zur Feststellung der Entschädigungsansprüche und zur Begutachtung von Betriebseinrichtungen protestiren, so läßt sich die gefährliche Spitze diesem Vorschlag dadurch abbrechen, daß man den Vorsitz solcher Untersuchungsausschüsse einem technischen Staatsbeamten überträgt. Man erkennt aus den Einwendungen, die blos von dieser einen Seite kommen, die Schwierigkeiten, welche die Unfallversicherungsvorlage überhaupt zu überwinden hat.

Verfügten die Tories in England über einen energischen Führer, wie Beaconsfield war, so wäre das Ministerium Gladstone unter den sich häufenden Hiobsposten schon zusammengebrochen. Alle militärischen Kraftanstrengungen, zu denen sich Gladstone aufrafft, kommen zu spät. Wenn er den Sudan preiszugeben entschlossen war, so hätte er dies bei Zeiten und ohne solche Verluste an Menschenleben und so blutige Massacres bewirken können. Die glänzendste Rhetorik Gladstone's hilft darüber nicht hinweg. Den besten Verbündeten aber findet er in der Unfähigkeit der Conservativen, die zwar scharf tadeln, aber nicht angeben, wie anders zu verfahren wäre. Damit, daß Gladstone alle Häfen im Rothen Meere für England annektirt und somit den schließlich überlassenen Sudan für eine spätere englische Eroberung vorbereitet, sind sie im Grunde des Herzens einverstanden. — Obwohl sich die ehrenhaften Engländer der elenden Sophismen Gladstone's schämen, so haben sie keine Kapazität, die ihn zu ersetzen vermöchte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 18. Febr.

Berlin. Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf hat sich zum Fürsten Bismarck nach Berlin begeben.

Berlin. Die „Nordd. Allg." sagt: Die von Moritz Busch in einem neuesten Werke gemachte Angabe, Freiherr von Gablenz sei kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 von Berlin nach Wien gesandt worden, mit dem Anerbieten eines gemeinsamen Kriegszuges Preußens und Oesterreichs gegen Frankreich ist zwar alt, aber keineswegs falsch. Daß seiner Zeit von Gablenz gegebene Dementi stelle auch die Thatsache eines in obiger Richtung an das österreichische Kabinet gerichteten Vorschlages nicht in Abrede, sondern nur die Ueberbringung eines Schreibens des Königs Wilhelm an den Kaiser Franz Joseph, betreffe also die Form und nicht die Sache. Von einer Annexion süd- oder norddeutscher Staaten ist weder zwischen den Monarchen noch zwischen den Kabinetten die Rede gewesen, sondern nur von einem dauernden Dualismus in der Stellung zwei Oberfeldherrn und einem gemeinsamen Bundeskriege Beider gegen Frankreich.

Berlin. Die Reise des russischen Militärbevollmächtigten Fürsten Dolgoruki zum Reichskanzler nach Friedrichsruhe wird mit der Frage der Räumung der in Russisch-Polen angehäuften Truppenmassen in Verbindung gebracht. — Der Kaiser wohnte Abends mit den Prinzen einem Ballfest der österreichischen Botschaft bei, wobei die Hoftrauer abgelegt wurde.

Berlin. Vergangene Nacht erschoß der Wäschefabrikant Blachowsky in der Dresdner Straße in Folge häuslicher Zwistigkeiten seine Frau und dann sich selbst.

Braunschweig. Im März soll ein außerordentlicher Landtag zur Beschlußfassung über die Abtretung der Bahnen an Preußen stattfinden.

Wien. Es verlautet wieder einmal, Kaiser Alexander von Rußland werde binnen Kurzem nach Wien kommen.

Rom. Die Gerüchte, daß Uexküll anderweitige Bestimmungen erhalte, sind unbegründet, Uexküll verbleibt vielmehr in Rom. Der Vicekonsul Motta geht nach Spalato, um das dortige Konsulat an Stelle Zinks zeitweise zu leiten.

Rom. Das Attentat wird morgen Gegenstand einer Interpellation in der Kammer bilden.

Rom. Der Regierung ist die Nachricht zugegangen, daß in der vergangenen Nacht zwischen Montalto und Corneto vier bewaffnete Individuen bei der Vorbeifahrt des Hofzuges, in welchem sich der König auf der Rückfahrt von der Jagd befand, auf den die Strecke bewachenden Karabinier schossen. Der Karabinier gab sechs Schüsse ab, durch welche eins der Individuen verwundet wurde, und nahm eine von den Individuen gegen ihn geschleuderte, mit Pulver gefüllte Flasche in Beschlag, an welcher sich ein angezündeter Zünder befand. Die Individuen entflohen. — Eine Depesche des Bürgermeisters von Corneto bestätigt, daß in der Nacht vom 16. zum 17. d. M. auf der Grenze gegen Toskana hin von Seiten einiger Unbekannten beabsichtigt wurde, ein Attentat auf den Hofzug bei dessen Vorüberfahrt zu begehen. Der Karabinier Variechio verhinderte die Ausführung dieses Planes, indem er die Leute zwang, sich zurückzuziehen. Der Kommunalrath von Corneto versammelte sich sofort und beschloß einstimmig, feierlich gegen das Attentat zu protestiren und dem Karabinier Variechio 500 Francs Belohnung zu gewähren. — Dem Vorgange wird von den Journalen keine Wichtigkeit beigelegt, im Hofzuge hatte man von dem Vorgange überhaupt nichts bemerkt.

Bern. Der Sozialist Peukert erklärte in einer meist von Deutschen besuchten Versammlung, die That Stellmacher's sei einer individuellen Initiative entsprungen und durch die Unterdrückung in Wien gerechtfertigt. Er forderte zu einer gewaltsamen Beseitigung aller Hindernisse gegen den Ausbruch der Revolution auf, wogegen die deutschen Sozialdemokraten opponirten.

Petersburg. Die Pariser Firma Rothschild errichtet unter der Leitung Efrussi, welcher die Baronesse Rothschild geheirathet, eine Bank in Petersburg.

Petersburg. Der Minister des Innern hat auf Grund des Censurreglements das Verbot des Kaufs von einzelnen Nummern der „Nowosti" angeordnet. Nach einer Meldung aus Nowo-Tscherkask überfiel am 14. d. M. in Sloboda Bolschinskaja ein Haufen von Bauern den Wirthschaftshof eines Schafzüchters, wurde aber vom Eigenthümer mit Gewehrschüssen zurückgetrieben, es sind dabei mehrere Personen getödtet worden, zur Erhaltung der Ruhe ist ein Kosakenkommando abgegangen.

Christiania. Die Verhandlungen vor dem Reichsgericht im Prozesse gegen die Minister wurden heute beendet. Zum Schluß hielt Selmer noch eine kurze Rede an den Gerichtshof. Die Urtheilsfällung soll am 22. Febr. Vormittags beginnen, und die Publikation des Urtheils wird voraussichtlich am 25. Febr. erfolgen.

London. Heute findet im Unterhause die Abstimmung über das gegen die Regierung gerichtete Tadelsvotum statt, dessen Ablehnung, wenn auch mit geringer Majorität, außer Zweifel steht. Somit ist der Fortbestand des Ministeriums Gladstone's für den Rest dieses Jahres gesichert.

London. Die Rebellen beschießen bereits Tokar mit den erbeuteten Krupp'schen Geschützen.

Die Berliner Börse setzte im Anschluß an die günstigen auswärtigen Meldungen fest ein, doch wichen bald unter dem Drucke der Geschäftslosigkeit die Kourse zurück. Internationale Spekulationspapiere setzten vielfach höher ein, schlossen aber meist unter den Sonnabendskoursen. Spekulative Banken waren behauptet, deutsche Bank etwas besser, Kassabanken still und fest. Oesterreichische Bahnen blieben angeboten und weichend, ebenso Gotthardbahnen, österreichische Prioritäten waren wenig verändert, deutsche Bahnen indeß gut behauptet, theilweise auch besser, von Kassabahnen waren Berlin-Dresdner beliebt. Bergwerke waren gedrückt und stark angeboten infolge der Herabsetzung der Grundpreise für das Eisen in Oberschlesien. Andere Industrien erzielten dagegen vorwiegend Besserungen, beliebt waren namentlich Spinnereien. Bauwerthe waren schwach, deutsche Fonds recht fest, Renten gut behauptet, besonders Russen und ungarische Goldrente.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Credit 266⅝. Staatsbahn 263. Lombarden 126. Oberlausitz —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 248. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Diskonto —. Egypter 67¼. Gotthardbahn 96⅞. Mainzer —. Fest.

Wien, 18. Februar. Credit 308,70. Staatsb. 310,75. Lombarden 145,00. Nordwestb. 181,50. Marknoten 59,30. Ung. Credit 310,00. Elbethal —. Fest.

Paris, 18. Februar. (Schluß.) Rente 76.17. Anleihe 105,65. Italiener 92,42. Staatsbahn 656,00. Lombarden 313,75. do. Prioritäten 294. Egypter 340. Oesterr. Goldrente 86. Fest.

London, 18. Februar. Weizen ruhig, feiner englischer zu vollen Preisen, feiner fremder gefragter, angekommener fertig. Mehl träge. Hafer fester, russischer ungefähr ¼ Sh. theurer, Mais, Gerste ruhig. Erbsen, Bohnen steigend.

Lokales und Sächsisches.

— Generalleutnant von Hartrott, Direktor des Militär-Oekonomie-Departements in Berlin, erhielt das Großkreuz des Kgl. Sächsischen Albrechtsordens.

— Baumeister Hermann Kaiser zu Zwickau erhielt das Ritterkreuz I. Klasse vom Albrechtsorden.

— Der Schichtmeister und Knappschaftsrechnungsführer Friedr. Voß in Zwickau erhielt das Albrechtskreuz.

— Der Hauptlehrer an der kunstgewerblichen Fachzeichenschule zu Plauen i. V., Rich. Hofmann, erhielt das Prädikat Professor.

— Dem Katecheten an der Kreuz-, Frauen- und Johanneskirche, Herrn Morgenbesser, ist von jetzt ab das Dienstprädikat „Diakonus" zuerkannt worden.

— Am Sonnabend waren es 25 Jahre, daß Fürst Otto Friedrich von Schönburg-Waldenburg die Regierung antrat. Da der Fürst nebst Gemahlin gegenwärtig aus Gesundheitsrücksichten in Italien weilen, so mußte von einer Feier in Waldenburg jetzt abgesehen werden.

— Major v. Malortie, Flügeladjutant Sr. Majestät des Königs, hat sich mit der jüngsten Tochter des Grafen Einsiedel auf Gröba verlobt.

— In der zweiten Kammer gelangte gestern zunächst ein Schreiben zur Verlesung, in welchem das Landeskonsistorium auf die bei Berathung des Kultusetats vom Abg. Schreck gehaltene Rede antwortete. In demselben heißt es, bezugnehmend auf die abfällige Kritik des Abg. Schreck über das Landesgesangbuch, daß dasselbe unmöglich allen Richtungen habe Rechnung tragen können, daß aber als Garantie für seine Güte das Urtheil der Landessynode, ferner noch der Umstand bürgt, daß es von allen Gemeinden mit Ausnahme einiger wenigen anstandslos angenommen worden sei. Es sei allerdings Thatsache, heißt es weiter, daß die Geistlichen, welche die Redaktion geistlicher Blätter führen, unter der Disziplinargewalt des Konsistoriums ständen, und diese habe deshalb eine Mahnung an dieselbe ergehen lassen, ja keine öffentlichen Beschuldigungen ohne genügende Beweise in ihren Blättern auszusprechen. Ferner bedaure das Konsistorium, daß Abg. Schreck in seiner Rede die unmoralische Führung zweier Geistlichen in der Kammer zur Sprache gebracht und sich in dieser Angelegenheit nicht direct an das Konsistorium gewandt habe. Abg. Schreck erklärt, ohne auf das Schreiben einzugehen, daß, als er seine damalige Rede gehalten, er allerdings nicht erwartet habe, eine derartige ausweichende Antwort von Seiten des Kultusministers zu erhalten. Er habe das Gefühl gewonnen, als wenn man die Kompetenz der Kammer, auch die Kultusangelegenheiten ihrer Kritik zu unterwerfen, nicht anerkennen wolle. Deshalb werde er, um die Sache klarzustellen, einen diesbezüglichen Antrag stellen oder eine Interpellation an die Regierung richten. Zur Tagesordnung selbst übergehend, nimmt die Kammer mit 36 gegen 28 Stimmen den in der letzten Sitzung wegen Stimmengleichheit nicht zu definitiver Beschlußfassung gelangten Antrag des Abg. Heine an, die Petition der Gemeinde Engelsdorf bei Leipzig der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Abg. Georgi berichtet hierauf über den Berg-, Hütten- und Münzetat. Bei dem Kapitel Bergbau und fiskalische Hüttenwerke läßt Abg. Dr. Heine sein ceterum censeo betreffs der Doppelwährung ertönen. Der gegenwärtige geringe Ertrag der Hütten- und Bergwerke sei in dem Sinken der Silberpreise zu suchen. Wenn man aber bei dem jetzigen Verfahren bleibe und Niemand etwas zur Hebung des Silberpreises thue, könne sich der Nothstand nicht bessern. Er hätte geglaubt, daß man die Petition des Revierausschusses und der Vorstände der größeren erzliefernden Gruben in dem Freiberger Revier um internationale Einführung einer gemeinsamen Münzgesetzgebung auf der Basis des bimetallistischen Prinzips, der Regierung wenigstens zur Erwägung anempfehlen werde, so aber habe die Deputation die Angelegenheit nur oberflächlich behandelt und die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme empfohlen. Eine derartige Vereinbarung würde von größtem Nutzen für die gesammte Kultur sein, während die Goldinternationale, wenn sie siege, mindestens ebenso gefährlich sein werde, wie die rothe Internationale. Nachdem Ref. Georgi die Stellungnahme der Deputation zu der erwähnten Petition gerechtfertigt, führt Abg. Müller-Freiberg in längerer Rede aus, daß lediglich durch verbesserte wirthschaftliche Einrichtungen der darniederliegende Silber-Bergbau gehoben werden könne. Er verbreitet sich über den Stand des Erzbergbaues in Sachsen und hält es für wünschenswerth, daß demselben noch größere Opfer gebracht werden. Nach einer kürzeren Debatte, an der sich außer den vorigen Rednern noch die Abgg. Oehmichen und Steyer betheiligen, wird das Kapitel genehmigt und die Petition des Revierausschusses der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Weiter beschließt die Kammer, gemäß dem Dep.-Antrag, die Regierung zu ersuchen, erörtern zu wollen, in welcher Weise die Zukunft des Freiberger Bergbaus wirksamer als bisher sicher zu stellen sei, und dieselbe zu ermächtigen, die zu dieser Untersuchung erforderlichen Kosten zu verausgaben. Die übrigen Positionen des Hüttenetats werden ohne Debatte genehmigt. Bei dem Kapitel „Münze" richtet Abg. Walter an die Regierung die Frage, ob es nicht geboten sei, das werthvolle Areal der Münze auf der Ostra-Allee besser zu verwerthen. Finanzminister von Könneritz hält ihm jedoch entgegen, daß, so lange man nicht mit dem jetzigen Münzsystem gebrochen habe, das Gebäude nicht zu entbehren sei. Hierauf wird auch dieses Kapitel genehmigt. Vice-Präs. Streit giebt der Kammer noch bekannt, daß an Stelle des aus der Gesetzgebungs-Deputation ausgeschiedenen Abg. Ullrich Abg. Dr. Schill in dieselbe gewählt worden ist.

— Die erste Kammer erledigte gestern in Schlußberathung wiederum eine Anzahl Petitionen. Zunächst referirt Graf v. Hohenthal über eine Petition des Sattlermeisters Winkler in Hainichen um Ersatz eines ihm durch die Fahrlässigkeit eines richterlichen Beamten entstandenen Schadens von 1500 M., und empfiehlt, dieselbe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Graf Rex und Freiherr v. Burgk sich für, v. Criegern, v. Tauchnitz, Martini, v. Erdmannsdorf und Justizminister v. Abeken sich gegen den Deputations-Antrag aussprechen. Schließlich wird ein vom Abgeordneten v. Criegern gestellter Antrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, mit großer Majorität angenommen. Eine weitere Petition der Frau Olga Berthold in Sachen einer Erbschaftssteuer